

## Protokoll Nr. 279

Sitzung des Vorstands des Schweizer Bauernverbands

Donnerstag/Freitag, 17./18. August 2023, Gemeinderatssaal, Landhaus, 4500 Solothurn

<b>Vorsitz</b>	Ritter Markus (MR)
<b>Vizepräsidium</b>	Challandes Anne (ac), Glauser Fritz (FG)
<b>Vorstand</b>	Baehler Claude, Bärtschi Jürg, Boillat Vincent, Genini Sem, Giroud Willy, Grunder Maja, Gustin Ursin, Humbert-Droz Damien, Kretz Markus, Lütolf Jakob, Noël Christophe, Roffler Thomas, Rüegegger Hans Jörg, Seiler Peter, Vögtli Andreas, Waldvogel Fritz, Zürcher-Egloff Jeanette
<b>Entschuldigt GL</b>	Peter Kopp (pkp)
<b>Entschuldigt Vorstand</b>	Geiser Pierre-André, Haab Martin, Huber-Troxler Alois (ah), Pfister Meinrad
<b>SBV</b>	Rufer Martin (RM), Schneider Urs (US), Egger Francis (FE), Helfenstein Sandra (SH), Darbellay Michel (MD), Jäggi Thomas (jä), Röögli Beat (br), Marion Zufferey (mz)
<b>Gäste</b>	Stephan Hagenbuch (SMP)
<b>Protokoll</b>	Baeriswyl Annette

Traktanden		B Beilage	A/I A=Antrag/ I=Information	Zuständig Vorbereitung	Referent an Sitzung
1.	<b>Protokoll vom 8. Juni 2023</b>	X	A	aba	MR
	<p><b>Antrag</b> Der Vorstand genehmigt das Protokoll.</p> <p><b>Diskussion</b> Keine Wortmeldung.</p> <p><b>Beschluss</b> <b>Der Vorstand genehmigt das Protokoll und dankt der Verfasserin.</b></p>				
2.	<b>Mitteilungen Präsidium und GL</b>		I	MR/GL	MR/GL
	<p><b>Markus Ritter</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Begrüssed alle Anwesenden und informiert als erstes über die sich weiterhin verschärfende Wolfsproblematik. Der SBV hat sich stark für mehr Kompetenzen für die Kantone eingesetzt. Wie es scheint, nutzen diese den Handlungsspielraum jedoch nicht oder zu wenig. Bei Wölfen, die Mensch und Tier ohne Scheu zu nahekommen, kann der Kanton ohne Zustimmung des BAFU den Abschuss anordnen. Ein Eingreifen ist dann schon erlaubt, wenn das Verhalten potenziell aggressiv ist. MR berichtet, in verschiedenen Regionen der Schweiz kämen zurzeit Wolfsrudel den Hirten und Tieren gefährlich nahe, doch die Wildhüter verhielten sich passiv. Er erläutert nochmals die Verordnungen in Bezug auf unerwünschte Verhaltensweisen des Wolfes. Der SBV müsse von den Kantonen vehement fordern, den Vollzug durchzusetzen.</li> </ul>				

#### **Martin Rufer**

- Ergänzt in Sachen Wolfsthematik, die geltende Verordnung sei nun unbedingt umzusetzen. Von September bis Januar bleibe den Kantonen Zeit, die personellen Ressourcen für die Regulation bereitzustellen.

Für die Notmassnahmen bedarf es einen Kredit von knapp sieben Mio. Franken. Dieser wird ab 2024 von Beginn weg beantragt, für dieses Jahr werden die noch fehlenden drei Mio. Franken als Nachtragskredit beantragt.

#### **Diskussion**

**Claude Baehler** drückt die Hilflosigkeit aus, welche die Bauern im Kanton Waadt gegenüber der Untätigkeit des Kantons empfinden und möchte wissen, was man tun könne. Auch **Fritz Waldvogel & Ursin Gustin** zeigen sich über die Situation verärgert. Jagdbanngebiete, die teilweise bis zu den Siedlungsgebieten reichen, erschweren die Regulation zusätzlich und auch für Rudel sei keine zufriedenstellende Lösung vorhanden. **Sem Genini** schildert die unhaltbare Situation im Tessin. Letztes Jahr seien 300 Nutztiere getötet worden, aber die Regierung finde immer einen Grund, einen Abschuss nicht machen zu müssen.

**MR** antwortet, im Kanton St. Gallen sei man mit dem zuständigen Regierungsrat auf die Alp gegangen, um ihm die ganze Problematik aufzuzeigen. Dies habe man, unter Berücksichtigung verschiedener Kanäle, medial begleitet. Der SBV habe parallel dazu eine Medienmitteilung herausgegeben. Er empfiehlt, direkt mit BR Albert Röstli Kontakt aufzunehmen, damit dieser persönlich die kantonalen Regierungen in die Pflicht nehme.

**Thomas Roffler** möchte wissen, ob es keine Vernehmlassung zur Verordnung gibt.

**RM** antwortet, es sei ausreichend kommuniziert und diskutiert worden und man habe grosses Interesse, dass die Inkraftsetzung ohne Vernehmlassung zügig durchgehe, allenfalls bereits per Ende Jahr, was Abschüsse ab Januar 2024 ermöglichen würde. BR Albert Röstli sei auf der Linie des SBV.

#### **Martin Rufer**

- Stellt Marion Zufferey vor, die sich kurz selbst präsentiert. Sie wird künftig im DWBI die Dossiers RPG sowie Alpwirtschaft betreuen und damit weitgehend die Aufgaben von Larissa Grossenbacher übernehmen.
- Für die Kampagne «Perspektive Schweiz» möchte man ein Foto des SBV-Vorstands mit dem Transparent «Für eine sichere und stabile Schweiz» machen und dieses im Anschluss an die Vorstandssitzung mit einer Medienmitteilung veröffentlichen. Die Mitteilung wird den Vorstandsmitgliedern zur Genehmigung verteilt.
- Fordert die Vorstandsmitglieder, die per DV 2023 zurücktreten auf, dies umgehend und schriftlich mitzuteilen, damit Nachfolgeregelungen lanciert werden können.
- Orientiert, dass in Sachen Klimastrategie für die Land- und Ernährungswirtschaft weitere Gespräche stattgefunden haben. Die Strategie wird voraussichtlich am 5. September präsentiert. Um keine Klimadiskussion loszutreten und da noch heikle Punkte offen sind, hält der SBV den Ball möglichst flach.

#### **Thomas Roffler**

- Erläutert den Stand betreffend LBA. Die überarbeiteten Statuten sind nun in der Endfassung vorhanden. Da die Genehmigung beim SBV-Vorstand liegt, wird das Geschäft an der Sitzung vom 9. Oktober traktandiert. Man wird die aktualisierten Statuten den Mitgliedern mit den Sitzungsunterlagen zukommen lassen und steht für Fragen zur Verfügung. Zudem wird eine Botschaft verfasst, mit welcher potenzielle, neue Genossenschafts-Mitglieder eingeladen

werden, der erweiterten Trägerschaft beizutreten. Die Statutenrevision wurde von Agriexpert begleitet.

**Urs Schneider**

- Ergänzt in Sachen LBA, dass Genossenschafts-Anteilsscheine von 1'000 Franken vorgesehen sind. Es können sowohl Mitgliedsektionen wie auch Privatpersonen Anteilscheine erwerben. Voraussichtlich findet im Februar 2024 die erste Genossenschaftsversammlung statt. Dabei ist es wichtig, die Interessen des SBV zu wahren. Nach Kapitalverzehr befindet man sich das dritte Jahr in Folge in der Gewinnzone. Ein allfälliger Rückfall des Vermögens steht dem SBV zu. Er ist auch weiterhin Hauptträger des LBA.

3.

**Situation auf den Märkten**

I

MD

MD

**Information**

**MD** erörtert die aktuelle Situation auf den Märkten. Der Überblick über den Indexvergleich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Nahrungsmittelpreise zeigt ein besseres Bild als vor zwei Monaten. Die Preise für Produktionsmittel verzeichnen dank günstigeren Treibstoff-, Dünger- und Futtermittelkosten einen leichten Abwärtstrend. Die Dieselpreise tendieren jedoch wieder nach oben. Allgemein liegt man aber noch weit über den Zahlen von vor zwei Jahren und die Situation bleibt angespannt. Die Teuerung für Lebensmittel beträgt immer noch 5.2 Prozent. Milchprodukte sind zwischen fünf und acht Prozent teurer. Leider profitieren die Produzenten nicht im gleichen Ausmass wie die Konsumentenpreise gestiegen sind, weshalb weiterhin Druck zur Erhöhung der Produzentenpreise notwendig ist. Die Importpreise sind eher rückläufig aber die Situation bleibt ungewiss. Die Detailhandelsumsätze liegen tiefer als vor einem Jahr, im Nahrungsmittelbereich bleibt die Kaufstimmung gedämpft, die Konsumenten sind preissensibel. Besonders zu bedauern ist, dass die Label-Produkte an Marktanteilen verlieren. Was den Produzentenpreisindex betrifft, ist der Pflanzenbau mit einer Zunahme von 5.1 Prozent Vorreiter. Tierische Erzeugnisse liegen preislich tiefer als im Vorjahr. Zumindest müssen weitere Preissenkungen vermieden werden. Die Präsentation ist im Extranet aufgeschaltet.

**Diskussion**

**Christophe Noël & FG** verweisen auf die hohen Profite von Migros und Coop, resp. den hohen Margen auf Bio- und anderen Labelprodukten. Die schlechte Exportlage beim Käse bereite zudem Sorgen. Die Kundgebung von Uniterre für faire Preise habe das Brotgetreide ins Zentrum gerückt. Sie sei von den Getreideproduzenten nicht mitgetragen worden. Die Produktion von Futtergetreide gestalte sich problematisch.

**MR** teilt diese Meinungen, die Marktmacht von Migros und Coop und der dadurch entstehende Preisdruck sei ein grosses Problem. Ihre Abschreibungen und Investitionen gingen zu Lasten der Produzenten.

**Stephan Hagenbuch** möchte wissen, wie sich der SBV zur Vereinigung «Faire Märkte Schweiz» positioniert.

**RM** antwortet, man habe die Rollenteilung besprochen. Die Vereinigung könne die von den Vorrednern angesprochenen Themen aufgreifen und so die Anliegen des SBV unterstützen. Man bleibe im regelmässigen Austausch, der SBV werde aber nicht Mitglied. Dass Uniterre Druck für bessere Preise mache, sei positiv.

**Beschluss**

**Der Vorstand nimmt die Informationen zur Kenntnis.**

4.		<b>Stellungnahme zur Verordnung über die Pflichtlagerhaltung von Nahrungs- und Futtermitteln</b>	<b>X</b>	<b>A</b>	<b>jä</b>	<b>jä</b>
		<p><b>Antrag</b>                  Der Bundesrat schlägt eine Änderung der Verordnung über die Pflichtlagerhaltung von Nahrungs- und Futtermitteln vor. Zusätzliche Mengen sind bei Getreide und den Speiseölen- und -fetten vorgesehen. Bei den proteinhaltigen Futtermitteln ist ein Abbau vorgesehen.</p> <p><b>jä</b> erörtert, die GL sei nach ihrer Sitzung vom 23. Mai 2023 und unter Berücksichtigung der Stellungnahmen von réservesuisse und VSF der Meinung, dass die geplanten Anpassungen nicht realisierbar sind, u. a. aufgrund der hohen Kosten. Der SBV ist der Ansicht, dass die Sicherung der Versorgung der Schweiz mit Nahrungs- und Futtermitteln sehr wichtig ist, die Vernehmlassungsvorlage jedoch gravierende Mängel aufweist. Er erläutert die Gründe anhand von Folien. Für die Stellungnahme sind Inputs von réservesuisse, VSF, SMP, GalloSuisse, fenaco, SGPV, Aviforum und ZBV eingegangen. Die Präsentation ist im Extranet aufgeschaltet.</p> <p>Der Vorstand des SBV soll über die vorliegende Stellungnahme zur Änderung der Pflichtlagerverordnung beraten und ihr zustimmen.</p> <p><b>MR</b> bedankt sich für die gute Stellungnahme. Die vom Bundesrat erarbeitete Vorlage sei unprofessionell und so nicht umsetzbar. Man werde mit Guy Parmelin und der Verwaltung Gespräche aufnehmen. Er zeigt sich zuversichtlich, einen gangbaren Weg zu finden.</p> <p><b>Diskussion</b>  <b>Jürg Bärtschi</b> ist ebenfalls der Meinung, die Vernehmlassung sei ein Hohn und die Folgen der Umsetzung nicht bedacht. Der genannte Abbau des Tierbestandes sei weder realisierbar noch ethisch. Der Konsument müsse im Falle einer Umsetzung zudem so spät wie möglich etwas davon spüren.</p> <p><b>FG</b> teilt mit, die Getreideproduzenten hätten die Stellungnahme begutachtet und seien der gleichen Meinung wie der SBV. Die angestrebten Zeithorizonte sei unrealistisch. Die Einlagerung von Brotgetreide müsste im Austausch mit Futtermitteln geschehen, was diese massiv verteuern würde.</p> <p><b>Beschluss</b>  <b>Der Vorstand des SBV stimmt der vorliegenden Stellungnahme des SBV zur Änderung der Pflichtlagerverordnung einstimmig zu.</b></p>				
5.		<b>Biodiversitätsinitiative &amp; indirekter Ge- genvorschlag</b>				
	5.1	Stand politische Diskussion		I	US/MD	US/MD
		<p><b>Information</b>  <b>MR</b> zeigt auf, wo im politischen Prozess man sich derzeit befindet. Nachdem der Ständerat ein Nichteintreten unterstützte, geht das Geschäft zurück in die UREK-N, welche in einer Woche darüber tagen wird. Die Wahrscheinlichkeit, dass die UREK-N beim Eintreten bleibt, ist gross. Trotzdem geht MR davon aus, dass am Schluss, dank dem Ständerat, ein Nichteintreten erreicht wird. Bereits jetzt nimmt der SBV jedoch die ersten Schritte hinsichtlich der Volksabstimmung an die Hand.</p> <p><b>Diskussion</b>                  Siehe Punkt 5.2</p>				

		<b>Beschluss</b> <b>Der Vorstand nimmt die Information zur Kenntnis.</b>			
5.2	Kampagne Bekämpfung		I	US/MD	US/MD
		<p><b>Information</b>  <b>US</b> informiert zum weiteren Vorgehen anhand von Folien. Kommt es nicht doch noch zu einem Gegenvorschlag, findet die Volksabstimmung am 3. März oder 9. Juni 2024 statt. Es bedarf in erster Linie eines Grundsatzentscheids, ob der SBV mit einer breiten Allianz oder allein die Kampagne führt. Im Gegensatz zum Alleingang, würde bei einer Allianz der Hauptfokus nicht nur bei der Landwirtschaft liegen. Er erläutert beide Varianten, ihre Ziele sowie ihre Vor- und Nachteile. Zudem zeigt er anhand von Folien den Kampagnen-Fahrplan bei einer Abstimmung am 3. März oder 9. Juni auf. Er betont, dass auch bei dieser Abstimmung die Mobilisierung wieder sehr bedeutend sein wird und es wichtig ist Allianzpartner zu haben. Die benötigten Mittel bzw. die Finanzierung der Kampagne werden dem Vorstand zu gegebenem Zeitpunkt zur Genehmigung vorgelegt. Die Inhalte des Briefings für einen Pitch mit Agenturen unterscheidet sich, je nachdem, welche Kampagnen-Variante der SBV beschliesst. Am geplanten «Brainstorming» an der KOL vom August, werden die Botschaften an die Bevölkerung und die Bauernfamilien, die ergänzenden Massnahmen und weitere Inputs seitens Mitgliedorganisationen diskutiert. Die detaillierte Präsentation ist im Extranet aufgeschaltet.</p> <p><b>RM</b> ergänzt, dass man dem Vorstand noch dieses Jahr die benötigten Finanzen beantragen wird. Es handle sich um eine umfassende Kampagne, an die man mit Respekt herangehe. Erfreulicherweise hätten gemäss einer kürzlich durchgeführten Studie 54 Prozent der Befragten den Eindruck, es stehe gut um die Biodiversität in der Schweiz.</p> <p><b>Diskussion</b>  <b>Markus Kretz</b> hat vernommen, man arbeite an einem weiteren Gegenvorschlag, in dem die Landwirtschaft ausgeschlossen werden soll.</p> <p><b>MR</b> bestätigt, dass die Kommission der Verwaltung diesen Auftrag gegeben hat. Er sei aber chancenlos, der Ständerat sei gar nicht darauf eingetreten.</p> <p><b>RM</b> ergänzt, die Umweltverbände würden die Initiative kaum zurückziehen. Gegenwärtig seien über 40 Initiativen hängig, die nicht zuletzt deshalb lanciert wurden, weil die Initianten mit einem Gegenvorschlag rechneten und oft damit durchkämen.</p> <p><b>Vincent Boillat</b> möchte wissen, wie gross die Möglichkeit ist, dass eine grosse Allianz gebildet werden kann.</p> <p><b>MR</b> und <b>RM</b> räumen einer Allianz grosse Chancen ein. Die Energiewirtschaft oder auch der Hauseigentümerverband könnten wohl gewonnen werden. Die Frage sei, ob es gelinge, eine gemeinsame Kampagne zu machen.</p> <p><b>Beschluss</b>  <b>Der Vorstand nimmt die Information zur Kenntnis.</b></p>			
6.	<b>Absenkpfad Pa. Iv. 19.475</b>	X	I	MD	MD
		<p><b>Information</b>          Durch den Absenkpfad ist die Landwirtschaft gefordert, die Risiken beim Einsatz von PSM zu reduzieren sowie die Stickstoff- und Phosphorverluste zu senken. Im Bereich Risikoreduktion bei Pflanzenschutzmitteln ist die Landwirtschaft dank des aufgegleisten Aktionsplans und der zahlreichen Massnahmen gut unterwegs. Bei den Nährstoffen ist es klar, dass es sich um sehr ambitionöse Ziele handelt, die schwierig zu erreichen sind. Ebenso ist klar, dass die Massnahmen des</p>			

Bundes nicht genügen. Die Branche muss selbst zusätzliche Massnahmen identifizieren und aufgleisen. An der vom SBV geleiteten Koordinationsplattform sind die verschiedenen Produzenten- und Labelorganisationen, Beratung, Forschung und Verwaltung vertreten.

**MD** stellt die Ausgangslage und die aktuelle Organisation, resp. die verschiedenen Plattformen anhand eines Schemas dar. Leider stellt der SBV fest, dass bei den partizipierenden Organisationen die nötige Motivation sowie personelle Ressourcen fehlen. Auch wird häufig Kritik am SBV geübt. Um ein Bild über die Anstrengungen im Absenkepfad zu erhalten, wurde eine Übersicht über die Nährstoffprojekte erstellt und die Massnahmenliste von AGRIDEA analysiert. Das Ziel des SBV ist, die Austausch- und Koordinationsfunktion aufrechtzuerhalten, um zum Wissensaustausch und zur Zusammenarbeit zu Gunsten des Absenkepfades beizutragen. MD stellt das weitere Vorgehen sowie eine Analyse der laufenden Projekte und Hauptträgerschaften vor. Zudem erläutert er die Massnahmenliste der AGRIDEA. Das Fazit lautet, dass viele Projekte bis 2025 abgeschlossen sind, es jedoch noch einige Zeit dauern wird, bis die Resultate in die Praxis einfließen und ihre Effekte ersichtlich werden. Allgemein ist der Zeithorizont 2030 enorm kurz und die Kommunikation unter den beteiligten Organisationen eine grosse Herausforderung. Die Präsentation ist im Extranet aufgeschaltet.

#### **Diskussion**

**Vincent Boillat** möchte wissen, ob man sich über die Massnahmen und Ziele, die es zu erreichen gilt, überhaupt im Klaren sei. **Jürg Bärtschi** räumt ein, wenn sich die Landwirtschaft nach der guten Agrarpraxis verhalte, z. Bsp. die Witterung beim Güllen oder die Einarbeitung des Geflügelmists innert einer bestimmten Zeit etc. beachte, wäre schon viel gewonnen. Dies sollte aber auch honoriert werden und messbar sein. Die Osphar-Methode sei diesbezüglich das falsche Instrument. Auch **Stephan Hagenbuch** berichtet von der Studie Künzler, die zweifelsfrei ergeben habe, dass die Osphar-Methode keine Effizienz messen könne und **Peter Seiler** äussert seine Bedenken bezüglich der mangelnden Nährstoffkreisläufe in den städtischen Gebieten. Die Berechnungsmethode sei wissenschaftlich zu hinterfragen.

**MR** bestätigt die Aussage von Jürg Bärtschi, auch er zweifle an der Methode. Sie messe nur In- und Output. Er möchte, dass sie wissenschaftlich hinterfragt wird und gibt der Geschäftsstelle den Auftrag, ein Grundsatzpapier aufzubereiten, welches man dann mit BR Albert Rösti besprechen könne.

**RM** nimmt das Anliegen auf. Die Problematik sei, dass man nicht zwischen vermeidbaren und unvermeidbaren Stickstoffverlusten unterscheide. Schon diese Trennung ergäbe eine neue Ausgangslage. Man habe mehrfach eine andere Berechnungsart eingefordert.

**MD** betont, wie wichtig es für die Argumentation ist, über diese Daten zu verfügen. Man sei sich der fehlenden Indikatoren bei der Osphar-Methode bewusst. Ihm bereite die Entwicklung der Bevölkerung und die entsprechenden Auswirkungen auf die Methode Sorgen. Andererseits sei eine gute Praxis mit entsprechender Begleitung und spezifischen Massnahmen zu fördern.

**ac** stellt fest, dass der SBV verschiedene Aufgaben, einerseits politisch, andererseits projektbezogen, hat. Dies müsse jenen, die Kritik an ihm übten allenfalls erklärt werden und dass er seine Arbeit im Interesse der Branche ausübe.

**Markus Kretz** ruft dazu auf, Tanja Müller von Agroscope-Rat miteinzubeziehen, die sich mit Forschungsfragen auseinandergesetzt habe.

#### **Beschluss**

**Der Vorstand nimmt die laufenden Entwicklungen zur Kenntnis.**

7.	<b>RPG2 &amp; Landschaftsinitiative – Information zum NR-Entscheid &amp; zum weiteren Vorgehen</b>	X	I	br	br
	<p><b>Information</b>                  Nach dem Ständerat hat nun auch der Nationalrat den indirekten Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative beraten.</p> <p><b>br</b> erläutert die Bilanz, welche durchzogen ausfällt. Einerseits konnten Erfolge beim Planungsansatz erzielt und die Ausnahme der Landwirtschaft vom Stabilisierungsziel der Gebäudefläche gehalten werden. Andererseits waren die Anträge zum landwirtschaftlichen Wohnen und zu den landwirtschaftsnahen Tätigkeiten chancenlos. Der Antrag der UREK-N, altrechtliche Bauernhäuser mitsamt angebautem Ökonomieteil vollständig zu Wohnzecken umnutzen zu dürfen, wurde knapp abgelehnt. Weiter wurde darüber debattiert, ob die Motion Stark/Müller «Gebiete mit Geruchsvorbelastung im Richtplan ermöglichen» in die Vorlage aufgenommen werden soll. Die Anträge des SBV wurden abgelehnt, mit dem Versprechen, dass die Verwaltung der UREK-S einen geeigneteren Vorschlag unterbreiten wird. Insgesamt gibt es noch rund 25 Differenzen, acht davon wird der SBV genauer betrachten. Darunter die Abbruchprämie, der Planungsansatz (Kompromiss Berggebiet) oder der Vorrang für die Landwirtschaft. Weiter sind auch die Geruchsüberlagerung sowie die kantonalen Einschränkungsmöglichkeiten wichtige Punkte, für die sich der SBV einsetzt. Der Vorstand soll die Positionen im Hinblick auf die Beratung in der UREK-S festlegen.</p> <p><b>Diskussion</b>  <b>MR</b> geht nicht davon aus, dass es zu einer Volksabstimmung kommt. Auch die Linke könne mit der Revision, wie sie zurzeit aufgegleist sei, leben. Auf Anfrage von <b>ac</b> antwortet er, auch die Chance, dass die Initiative noch zurückgezogen werde, sei intakt.</p> <p><b>Hans Jörg Rüeegsegger</b> stellt zunehmende Einschränkungen beim Bauen ausserhalb der Bauzone fest und empfindet die Haltung von BR Albert Rösti diesbezüglich als zurückhaltend. Der Kanton Bern komme unter Druck, wenn keine flexible Handhabung bezüglich des Bauens ausserhalb der Bauzone zustande komme.</p> <p><b>br</b> dementiert, mit dem Planungsansatz werde die Flexibilität sogar höher, davon könne auch der Kanton Bern profitieren.</p> <p><b>Markus Kretz</b> schildert die zunehmenden Probleme und Einschränkungen betreffend die Geruchsthematik. Man müsse das Gespräch mit den Regierungsräten suchen und Lösungen finden. Zurzeit werde versucht, Weilerzonen in Bauzonen zu überführen. Auch <b>FG</b> ruft dazu auf, einzuschreiten. Projekte würden schon gar nicht mehr an die Hand genommen, weil man davon ausgehe, dass sie nicht bewilligt werden. Der SBV müsse einschreiten.</p> <p>Auf Anfrage von <b>Andreas Vögtli</b>, ob man kein Wohnhaus mehr zu einem Stall stellen könne, bestätigt <b>br</b>, dies sei weiterhin nur unter bestimmten Umständen (Haltung von Milchvieh, Muttersau) möglich. Auch mit der Hilfe vom Tierschutz habe man keine Zugeständnisse erreicht.</p> <p><b>Peter Seiler</b> mahnt, Gesetzgebung und Interpretation der Ämter kritisch zu begutachten.</p> <p><b>RM</b> erläutert die Problematik der neuen Geruchserkennungsmethoden, resp. der wissenschaftlichen Grundlagen dazu. Immerhin konnte man neue Vollzugsrichtlinien stoppen. Bei Einsprachen nehmen die Gerichte die Agroscope-Studie mit den neuen Abständen. Es sei enorm wichtig, diesen Punkt im Raumplanungsrecht zu Gunsten der Landwirtschaft zu verankern.</p>				

		<b>Beschluss</b> <b>Der Vorstand nimmt die Information zur Kenntnis und ist mit dem Vorgehen einverstanden.</b>			
8.	<b>Finanzpolitik des Bundes</b>	<b>X</b>	<b>I</b>	<b>FE/wm</b>	<b>FE</b>
	<p><b>Information</b></p> <p><b>FE</b> informiert über den aktuellen Stand, der hauptsächlich durch die Verschuldung aufgrund der Pandemie, der Inflation und des Ukrainekrieges entstanden ist. Der Bundesrat veröffentlicht voraussichtlich am 23. August das Budget, das jetzt abgewartet werden muss. Am 30. August wird der SBV eine Kundgebung auf dem Waisenhausplatz veranstalten und auf die Schere zwischen den immer höheren Anforderungen an die Bauernfamilien bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen aufmerksam machen und gegen die angedrohten Sparmassnahmen protestieren. Die Eröffnung der Vernehmlassung zum Rahmenkredit 2026-2029 folgt im September. Weiter wird der SBV verschiedene Anträge zu Händen der Finanzkommission einreichen, welche u.a. die Herdenschutzmassnahmen, die Direktzahlungen und die Tierzucht betreffen. Gezieltes Lobbying, resp. die Zusammenarbeit mit den kantonalen Bauernverbänden und Produzentenorganisationen wird angesichts der anstehenden Behandlungen des Budgets im Parlament enorm wichtig. Die Präsentation ist im Extranet aufgeschaltet.</p> <p><b>RM</b> unterstreicht die Wichtigkeit dieses Dossiers. Das Parlament habe sehr viele Mehrausgaben beschlossen, weshalb nun wie erwartet, die Schulden getilgt werden müssten. Er erläutert den möglichen Spielraum, jedoch werde der Spardruck eher noch höher. Es dürfe nicht sein, dass der Gürtel ausschliesslich bei der Landwirtschaft enger geschnallt werde. Die Aussichten seien schwierig und es brauche das Engagement aller, deshalb werde der SBV auf die kantonalen Bauernverbände zugehen, um sie auf die nötigen Gespräche vorzubereiten.</p> <p><b>MR</b> beurteilt es als möglich, das Steuer noch herumreissen zu können. Der Ständerat sowie die Finanzkommission des Nationalrats sei zu Gunsten der Landwirtschaft aufgestellt. Es dürfe nicht sein, dass den Bauernfamilien die Direktzahlungen gekürzt werden. Bei steigenden Anforderungen erhielten sie seit 20 Jahren dieselben finanziellen Mittel.</p> <p><b>Diskussion</b></p> <p><b>FG</b> appelliert, nicht öffentlich zu äussern, dass die anderen Bereiche weniger erhalten sollen, sondern dass sich ihre Gelder einfach im angemessenen Rahmen reduzierten.</p> <p><b>Jakob Lütolf</b> warnt vor einer verfälschten, medialen Darstellung. Nicht, dass gegen Aussen der Eindruck entstehe, die Landwirtschaft erhalte wieder mehr finanzielle Mittel.</p> <p><b>Beschluss</b> <b>Der Vorstand nimmt die Information zur Kenntnis.</b></p>				
9.	<b>AP 2030 – Fahrplan</b>	<b>X</b>	<b>I</b>	<b>FE/wm</b>	<b>FE</b>
	<p><b>Information</b></p> <p><b>FE</b> geht auf das Vorgehen und den Fahrplan ein. Aufgrund des Postulatsberichtes des Bundesrates, muss das Parlament unter Berücksichtigung von Art. 104 und 104a festlegen, welches die Ziele der ganzheitlichen Agrar- und Ernährungspolitik sind, wo Handlungsbedarf besteht und welche Massnahmen getroffen werden. Dabei stehen die Inlandproduktion, die Reduktion des ökologischen Fussabdruckes sowie die Perspektiven und die administrative Vereinfachung im Fokus. Von November bis Dezember 2023 sollen zwei Vernehmlassung zum Strategie-Papier einerseits bei den Mitgliedorganisationen, andererseits bei den Bauernfamilien (via Agrarmedien) erfolgen mit dem Ziel, die Vorstellungen der nächsten Agrarpolitik und die Anliegen an den SBV zu definieren. Dabei sind keine Details, sondern Stossrichtungen wichtig. Dazu wird ein Pretest</p>				

		<p>erfolgen. Der Vorstand wird an seiner Sitzung vom 11. Januar 2024 das Strategie-Papier zu Händen der LAKA vom Februar genehmigen. Die Präsentation ist im Extranet aufgeschaltet.</p> <p><b>RM</b> betont, wie bedeutend es sei, die Eckwerte neu auszurichten. Es sei wichtig, früh zu agieren und man sei darauf angewiesen, vom Vorstand wie auch von den Fachkommissionen Rückmeldungen zu erhalten.</p> <p><b>Diskussion</b>  <b>Diverse Mitglieder des Vorstands</b> stellen Verständnisfragen, welche von FE beantwortet werden.</p> <p><b>ac</b> gibt bekannt, die FSAA werde insbesondere die sozialen Aspekte begutachten und einbringen.</p> <p><b>Beschluss</b>  <b>Der Vorstand nimmt die Information zur Kenntnis.</b></p>				
<b>10.</b>		<b>Eidg. Wahlen 2023 – Kampagne «Perspektive Schweiz»</b>			<b>RM/US</b>	<b>RM/US</b>
	10.1	Projektstand (Verlauf bisheriger Phasen und laufender Fahnen- und Blachenausgang)				
		<p><b>Information</b>  <b>MR</b> betont die Bedeutung dieser Wahlen. Obwohl dies so fundamental wichtig wäre, habe er den Eindruck, dass noch keine Mobilisierung im Gange sei. Er ruft dazu auf, dies nachzuholen. Es dürfe keinesfalls wie 2019 passieren, dass zu viele der Landwirtschaft wohlgesinnte Kreise nicht an die Urne gingen. Der Druck auf die Landwirtschaft werde nicht nachlassen und dem sei unbedingt entgegenzutreten.</p> <p><b>RM</b> unterstützt die Worte von MR. Auch für ihn sei die Mobilisierung noch nicht spürbar. Man sei nun sichtbar präsent mit der Kampagne und auch die anderen Organisationen führten ihre spezifischen Massnahmen durch. Die Kampagne müsse aber noch besser durch die Kantone unterstützt werden.</p> <p><b>US</b> erläutert anhand von Folien die Ausgangslage. Die Landwirtschaft steht enormen Herausforderungen gegenüber, die Flut an Initiativen nimmt nicht ab. Er geht auf die vielzähligen Themen der Legislatur 2023-2027 ein, welche die Landwirtschaft betreffen. Allen voran die AP 2030, mit welcher die Rahmenbedingungen für die nächsten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, bestimmt werden oder die Biodiversitätsinitiative. Daher ist eine starke bäuerliche Vertretung im Parlament sehr wichtig. Die bäuerliche Deputation soll unbedingt gehalten oder sogar ausgebaut werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine beispiellose Mobilisierung und die aktive Rolle der kantonalen Bauernverbände und bäuerlichen Organisationen nötig. Im gleichen Zug kann den aktuellen landwirtschaftlichen Themen damit Gehör verschafft werden.</p> <p>Er geht auf die bisherigen Meilensteine und laufenden Phasen der Kampagne «Perspektive Schweiz» ein. Die Betroffenheit sei nicht überall gleich gross, aber das Engagement und die nationale Präsenz nehmen sichtlich zu, so US.</p> <p><b>SH</b> informiert über die Aktivitäten des SBV in den sozialen Medien und ruft dazu auf, an den vom SBV angebotenen Kursen teilzunehmen. Sie geht auf die verschiedenen Kanäle ein, durch welche die Botschaften gestreut werden.</p> <p><b>US</b> informiert zur Plakat- und Inseratekampagne. Eine neue Phase ist im August 2023 gestartet worden. Seit dem 10. August kursieren die Sujets mit den neuen Botschaften, dabei geht man</p>				

vertieft thematisch vor. Ernährungssicherheit, Innovation, Ausbildung und Wohlstand sind die ihre Schlagworte. Bei den Inseraten geht man sogar noch einen Schritt tiefer und liefert eine Begründung, warum man wirtschafts- und landwirtschaftsfreundliche wählen soll. Ab dem 6. September, der letzten Phase, wird vom SBV auf Mobilisierung der ländlichen Bevölkerung gesetzt, dies insbesondere über die sozialen Medien. Er zeigt die Botschaften dazu auf. Die Präsentation ist im Extranet aufgeschaltet.

**Diskussion**

**ac** bedankt sich für die geleistete Arbeit, welche für die Landwirtschaft enorm wichtig sei. Sie wünscht aber eine Anpassung der Aussage, welche «links-grün» kritisch begegnet. Sie sei heikel und sie rät, mit Tatsachen zu argumentieren und die unterschiedlichen Haltungen der Parteien ausser Spiel zu lassen.

**US** antwortet, ändern könne man dieses Plakat nicht mehr, weil der Steuerungsausschuss es verabschiedet habe und der SBV nicht allein entscheiden könne es abzusetzen. Die Gegenüberstellung links-grüner und bürgerlicher Haltungen sei aber nur ein kleiner Teil der Kampagne. Er glaubt eine gute Balance gefunden zu haben mit den Botschaften. Das betreffende Plakat sei nur eines von sechs.

**SH** fügt an, die Botschaft sei auf Inseraten und in den sozialen Medien und nicht auf Plakaten. In den sozialen Medien könne man steuern, wie oft man es ausspiele.

**RM** fügt an, das Plakat habe im Pretest sehr gut abgeschnitten. Man spreche damit jene Kreise an, die man stärken wolle und seiner Meinung nach vertrage es dies.

**MR** sieht keinen Grund, auf das links-grüne Lager Rücksicht zu nehmen. Dieses arbeitet fast ausschliesslich gegen den SBV. Mit einigen Vertretern der Grünen fänden zwar gute Gespräche statt, leider könnten sich diese aber innerhalb ihrer Partei nicht durchsetzen. Mit der Kampagne Perspektive Schweiz habe man eine Verantwortung für die Landwirtschaft und die Allianzen. Er ruft zur internen Einigkeit auf.

**Claude Baehler** teilt die Meinung von ac. Man kehre damit zurück zur klassischen Parteipolitik. Er mahnt zur Vorsicht und befürchtet, mit solchen Aussagen Stimmen verlieren zu können.

**FE** hat das Gefühl, man unterstütze in der Westschweiz die Kampagne nicht vollständig. Sie sei dort kaum sichtbar.

**Andreas Vögtli** lässt verlauten, die links-grünen Parteien nähmen auch nicht Rücksicht und **Maja Grunder** betont, man dürfe sich in Zeiten des Wahlkampfes an solchen Botschaften nicht stören.

**Beschluss**

**Der Vorstand nimmt die Information zur Kenntnis und genehmigt zudem die am ersten Sitzungstag verteilte Medienmitteilung.**

10.2	Was noch geplant ist				
	Siehe 10.1				
10.3	Rückmeldungen aus den Kantonen				
	<p><b>Information</b>  <b>MR</b> fragt die einzelnen Vertreter über die Engagements und den Projektstand in ihren Kantonen ab.</p>				

		Die Rückmeldungen sind teilweise verhalten, weshalb er anordnet, das Traktandum an der Vorstandssitzung vom 7. September erneut aufzulisten. Er bittet die Vertreter der Kantone, bis dann die Aktivitäten voranzutreiben und über die Fortschritte zu berichten.			
		Siehe 10.1			
	10.4	Zusätzliche spezifische Massnahmen in der Landwirtschaft und Mitteleinsatz dazu	X	A	
		<p><b>Antrag</b>  <b>US</b> erklärt, dass aus den oben genannten Gründen für zusätzliche spezifische Mobilisierungsmassnahmen weitere Mittel nötig sind. Für die Mobilisierungsmassnahmen soll ein maximaler Betrag von 100'000 Franken aus dem Abstimmungs-/Aktionskonto eingesetzt werden. Der Kontostand des Abstimmungskontos beträgt, ohne Einlagen im laufenden Jahr, 386'000 Franken. Präsidium und GL beantragen dem Vorstand, dem Kostendach für spezifische Mobilisierungsmassnahmen für die Eidg. Wahlen von 100'000 Franken ab dem Abstimmungs-/Aktionskonto zuzustimmen.</p> <p><b>Diskussion</b>                  Keine Wortmeldung.</p> <p><b>Beschluss</b>  <b>Der Vorstand bewilligt für die Eidg. Wahlen ein Kostendach für spezifische Mobilisierungsmassnahmen in der Landwirtschaft und im ländlichen von 100'000 Franken ab dem Abstimmungs-/Aktionskonto einstimmig.</b></p>			
11.		<b>Fleischimitate aus dem Labor</b>	X	I	wa MD
		<p><b>Information</b>                  Fleischalternativen werden immer mehr zum Thema, dazu gehört auch Laborfleisch. Da dieses in den Medien vermehrt zum Thema wird und die Viehwirtschaft in der Schweiz beeinflussen könnte, hat der SBV dazu ein Positionspapier erstellt. Als Quellen wurden diverse Studien, Berichte und Medienmitteilungen von Detailhändlern verwendet.</p> <p><b>MD</b> erklärt, es gehe insbesondere darum, eine einheitliche Kommunikation sicherzustellen und bei Anfragen eine schnelle Antwort zu geben. Anhand von Folien erläutert er die Kosten und geht auf die Umwelteinwirkungen ein. Ebenfalls zeigt er die Chancen und Herausforderungen von Fleischimitaten auf und weist auf die Gefahr des Wertschöpfungsverlustes in der Landwirtschaft hin. Für ihn bestehen Potenziale wie auch Gefahren. Die Wertschöpfung müsse möglichst auf den Betrieben erhalten bleiben und eine klare Deklaration sei unbedingt nötig, so u. a. sein Fazit. Die Bevölkerung nehmen zu, die Ernährung verändere sich, aber die traditionelle Tierhaltung bleibe wichtig. Die Präsentation ist im Extranet aufgeschaltet.</p> <p><b>Diskussion</b>  <b>Claude Baehler</b> möchte wissen, ob aufgrund der Fleischimitate nicht eines Tages ein Zielkonflikt zwischen der Produktion von Grundnahrungsmitteln und künstlichen Proteinen entsteht.</p> <p><b>Markus Kretz</b> spricht den ethischen Aspekt an, aber auch, welche energetischen Ressourcen mit der Herstellung beansprucht werden. Zudem möchte er wissen, wie sichergestellt werde, dass bakteriell keine Verunreinigungen entstehen können. Er rät, diesen Punkt abzuklären, allenfalls mit Hilfe wissenschaftlicher Berichte, um die Nachteile aufzuzeigen.</p> <p><b>MR</b> fände es gut, die Medien würden diese Themen aufgreifen. Er bittet SH, dies in die Wege zu leiten.</p>			

	<p><b>Stephan Hagenbuch</b> räumt ein, man setze sich bei den Milchalternativen mit ähnlichen Fragen auseinander. Ihn würde die Emissionswirkung der Alternativen in Relation mit den Nährstoffen interessieren.</p> <p><b>Jürg Bärtschi</b> zeigt sich eher sorglos bezüglich der Thematik. Insekten als Nahrungsmittel hätten sich bisher bei den Konsumenten auch nicht durchgesetzt. Er glaube nicht, dass künstlich produziertes Fleisch ähnlich gut schmecke wie richtiges Fleisch. Die klare Deklaration sei aber enorm wichtig.</p> <p><b>Damien Humbert-Droz</b> fragt sich, welche Kennzeichnung diese Produkte tragen werden und ob sie als Fleischprodukt deklariert würden. Allenfalls seien Namen jetzt schon zu schützen.</p> <p><b>MD</b> bestätigt, dieser Punkt werde aufgenommen und die Deklaration näher begutachtet.</p> <p><b>Beschluss</b>  <b>Der Vorstand nimmt die Information zur Kenntnis.</b></p>				
<b>12.</b>	<b>WFO-Generalversammlung 2023</b>		<b>I</b>	<b>br</b>	<b>br</b>
	<p><b>Information</b>                  Der SBV nahm an der jährlich stattfindenden Generalversammlung des Weltbauernverbandes (World Farmers Organisation WFO) teil. Neben der inhaltlichen Konferenz mit hochrangigen Gästen wurden im Rahmen der statuarischen Sitzung wichtige Entscheide getroffen und Vorstandsmitglieder sowie eine Vizepräsidentin gewählt. Weiter wurden drei politische Positionspapiere verabschiedet. Im Bericht, den die Mitglieder des Vorstands mit den Sitzungsunterlagen erhalten haben, werden die Ergebnisse zusammengefasst.</p> <p><b>br</b> geht auf die Zusammensetzung des Vorstands ein. Das für den SBV wichtigste Traktandum sei die Überarbeitung des Positionspapiers zur Handelspolitik gewesen. Die Positionspapiere dienen dem WFO-Sekretariat bei der Kommunikations- und Lobbyarbeit sowie den WFO-Vorstandsmitgliedern bei offiziellen Auftritten als verbindliche inhaltliche Vorgabe. Er setzt den Vorstand über die weiteren wichtigsten Entscheide und ihre Bedeutung für die Schweizer Landwirtschaft in Kenntnis. Die Versammlung 2024 findet in Rom statt. Die detaillierte Präsentation ist im Extranet aufgeschaltet.</p> <p><b>FG</b> räumt ein, man stelle eine gewisse Kehrtwendung und Haltungsänderung fest, die europäischen Stimmen konnten konsolidiert werden. Fruchtfolgen seien in den Drittweltländern eine Neuheit. Man schaue auf Europa, das Vorbild in Bezug auf die nachhaltige Produktion sei.</p> <p><b>Diskussion</b>                  Keine Wortmeldung.</p> <p><b>Beschluss</b>  <b>Der Vorstand nimmt die Information zur Kenntnis.</b></p>				
<b>13.</b>	<b>WTO-Ministerkonferenz</b>		<b>I</b>	<b>br</b>	<b>br</b>
	<p><b>Information</b>  <b>br</b> berichtet über die Ministerkonferenz, welche im Februar 2024 in Abu Dhabi stattfindet, und informiert über die vier verschiedenen «Boxen». Aktuell laufen die Vorverhandlungen auf Hochtouren. Die Landwirtschaft steht diesmal mehr im Fokus als bisher und ein Fortschritt scheint nur mit einem Resultat im Agrardossier möglich. Im Zentrum stehen auch dieses Jahr die interne Stützung bzw. Subventionen und Direktzahlungen, die marktverzerrend wirken. Einige der kursierenden Entwürfe der Mitglieder entsprechen den jeweiligen politischen Lagern. Nun hat aber Costa Rica einen Kompromiss erarbeitet, der breite Unterstützung findet. Er bietet u. a. auch</p>				

	<p>eine Lösung für das stark umstrittene Anliegen Indiens zur Subventionierung der staatlichen Lagerhaltung.</p> <p>br informiert den Vorstand über die vier Säulen des Vorschlags. Gemäss seinem Fazit ist kaum ein neues Abkommen in Sicht. Es gelte nun zu begutachten, was der Bundesrat vorhabe. Die Situation sei komfortabler als auch schon, aber wachsam zu beobachten. Die Landwirtschaft müsse dem Bundesrat einen gewissen Spielraum ermöglichen. Die Präsentation ist im Extranet aufgeschaltet.</p> <p><b>MR</b> mahnt, nicht zu glauben, dass die Schweiz die Macht habe, sich zu widersetzen. Wenn das Mandat des Bunderates einmal geschnürt sei, werde es schwierig, abzuweichen. Zum Beispiel sei die Verkäsungszulage heikel, der Ball liege diesbezüglich bei der SMP. Er bittet darum, möglichst rasch mit der Verwaltung Gespräche zu führen und Forderungen zu stellen. Es gebe Handlungsbedarf.</p> <p><b>Diskussion</b> Keine Wortmeldung.</p> <p><b>Beschluss</b> <b>Der Vorstand nimmt die Information zur Kenntnis.</b></p>				
14.	<p><b>Teilnahme SBV am Projekt Agrarökologie</b></p>	X	A	FE	FE
	<p><b>Antrag</b> An seiner Sitzung vom 5. April 2023 hat der Vorstand die Teilnahme des SBV als Projektträger am Vorprojekt zur Entwicklung der Agrarökologie genehmigt. Das Projekt basiert auf dem Monitoring von Bauernbetrieben der drei Sprachregionen der Schweiz und wird von Konsumenten und Konsumentinnen begleitet.</p> <p><b>FE</b> umschreibt nochmals den Inhalt des Projekts, die Ausgangslage sowie die Zielsetzung. Bio Suisse und IP-Suisse haben mitgeteilt, dass sie auf eine Beteiligung in der Trägerschaft verzichten. Hingegen haben sich andere Organisationen für eine Mitgliedschaft als Projektträger beworben. Der Vorstand des SBV soll über die Beteiligung des SBV als Projektträger oder als Mitglied der Begleitgruppe entscheiden.</p> <p><b>RM</b> ist der Meinung es sei ein schwieriges Projekt. Das Ziel sei, vom heutigen Mikromanagement wegzukommen. Auch müssten die Konsumenten mehr miteinbezogen werden. U. a. auf Grund der Haltung von IP Suisse, ist die GL der Meinung, man sollte sich aus der Trägerschaft zurückziehen. Auch in der Begleitgruppe könne Einfluss genommen werden.</p> <p><b>MR</b> unterstützt die Teilnahme in der Begleitgruppe. Der SBV könne den Bericht kaum unterstützen und mit einer Mitwirkung in der Trägerschaft würde er dies tun. Er empfiehlt einen Schritt zurückzumachen und die Expertise über die Begleitgruppe einzubringen.</p> <p><b>Diskussion</b> <b>Peter Seiler</b> schlägt vor mitzuwirken, aber falsche Darstellungen richtig zu stellen oder zu intervenieren, wenn man Aspekte nicht mittragen könne.</p> <p><b>ac</b> fände es gut, der SBV würde sich proaktiv beteiligen und zeigen, dass er Lösungen anstrebt. Es wäre für sie essenziell, dass er wenigstens in der Begleitgruppe vertreten ist.</p> <p><b>Andreas Vögtli</b> räumt ein der SOBV habe noch keinen Entscheid gefasst. Bezüglich der Haltung von Urs Niggli sei er verunsichert. Auch <b>Sem Genini &amp; Fritz Waldvogel</b> betonen, dass weder der</p>				

	<p>Tessiner Bauernverband noch der Glarner Bauernverband etwas entschieden haben, jedoch gegenüber dem Projekt eher skeptisch sind.</p> <p><b>Vincent Boillat</b> betont, wie wichtig es sei, die Produzenten im Projekt miteinzubeziehen.</p> <p><b>Beschluss</b>  <b>Der Vorstand spricht sich, bei zwei Enthaltungen, für die Beteiligung als Mitglied der Begleitgruppe aus.</b></p>				
15.	<p><b>Unterstützung des 1. August-Brunch durch den SBV</b></p>	X	A	ho	US
	<p><b>Antrag</b>  <b>US</b> erklärt die Ausgangslage und deren Entwicklung. Über viele Jahre unterstützte die Stiftung für eine nachhaltige Ernährung durch die schweizerische Landwirtschaft (SNE) den 1. August-Brunch mit einem jährlichen Unterstützungsbeitrag von 50'000 Franken. Dies war insbesondere auch nötig, weil der Brunch - neben dem Hoftheater - das einzige Projekt der Basiskommunikation, welches nicht vom Bund mit Absatzförderungsmitteln co-finanziert wird, ist. Damit er das Budget der Basiskommunikation nicht «doppelt belastet», muss der Brunch über Sponsoringeinnahmen finanziert werden. Wie in den Sitzungsunterlagen beschrieben, würde eine Weiterführung der Unterstützung die Steuerbefreiung der neu formierten SNE gefährden. Es ist aber angezeigt, dass der SBV den 1. August-Brunch auch weiterhin mit dem Grundbetrag von 50'000 Franken unterstützt. Dies ist durch die Umsetzung des Projekts «Dialog Stadt-Land» möglich.</p> <p>Die GL und das Präsidium beantragen dem Vorstand, den Einsatz von 50'000 Franken für das Projekt 1. August-Brunch zu Lasten des Abstimmungs-/Aktionskonto 2023 zu genehmigen.</p> <p><b>Diskussion</b>  <b>Damien Humbert-Droz</b> erwähnt die aufwändige Arbeit für die Betriebe für den Brunch. Manchmal habe er leider den Eindruck, es gehe den Leuten viel mehr ums Essen als um einen Austausch mit der ländlichen Bevölkerung oder den Bauernfamilien. Trotzdem sei der Anlass wichtig.</p> <p><b>MR</b> betont, das Medieninteresse sei ein weiterer wichtiger Aspekt des Anlasses. Man mache sich aber auch Gedanken über das Projekt und verfolge die Entwicklungen aufmerksam.</p> <p><b>Beschluss</b>  <b>Der Vorstand genehmigt den Einsatz von 50'000 Franken für das Projekt 1. August-Brunch zu Lasten des Abstimmungs-/Aktionskonto 2023 einstimmig.</b></p>				
16.	<p><b>Neues Reglement zum Datenschutzgesetz zwischen dem SBV und der PK SBV</b></p>	X	A	uo	SH
	<p><b>Antrag</b>                  Per 1. September 2023 tritt das neue Datenschutzgesetz (DSG) in Kraft. Ab dann gelten Vorsorgeeinrichtungen als «Bundesorgane» und haben strengere Vorschriften zu beachten. Unter anderem müssen Auftragsarbeiten für Vorsorgeeinrichtungen vertraglich geregelt sein.                  Der SBV führt im Mandatsverhältnis die Geschäftsführung der Pensionskasse des Schweizerischen Bauernverbands (PK SBV). Das zwingende Datenbearbeitungsreglement wurde in Zusammenarbeit zwischen dem Experten der PK SBV sowie der Leiterin Finanzen des SBV erstellt. Dem Vorstand wird beantragt, dem Datenbearbeitungsreglement zustimmen.</p> <p><b>Diskussion</b>                  Keine Wortmeldung.</p>				

	<p><b>Beschluss</b>                  Der Vorstand heisst das zwingend notwendige Datenbearbeitungsreglement mit Gültigkeit ab 01.09.2023 einstimmig gut.</p>				
17.	<p><b>Überarbeitetes Organisations- und Anlagereglement der Personalvorsorgestiftung</b></p>	X	A	uo	US
	<p><b>Antrag</b>                  Per 1. September 2023 tritt das neue Datenschutzgesetz (DSG) in Kraft. Dem neuen DSG unterliegen sämtliche in der Schweiz ansässigen Unternehmen, die Güter und Dienstleistungen für Schweizer Firmen und BürgerInnen bereitstellen oder sensitive Daten über diese verarbeiten. Gemäss der Auskunft des Experten der Pensionskasse unterliegt auch die Personalvorsorgestiftung des Schweizerischen Bauernverbands dem DSG. Da es sich um eine nicht registrierte Stiftung ohne reglementarische Leistungen handelt, beschränken sich die Massnahmen auf einen Artikel in einem Dokument mit Reglementcharakter, welcher bestätigt, dass die Stiftung das DSG jederzeit einhält. Somit wurde neu der Artikel 5 im Organisationsreglement erfasst.                  Bis dato hat der Stiftungsrat der Personalvorsorgestiftung des SBV jeweils Änderungen sämtlicher Reglemente der Stiftung selbst entschieden und umgesetzt. Die BVG- und Stiftungsaufsicht Aargau (BVSA) hat nun interveniert. In der öffentlichen Urkunde aus dem Jahr 1977 steht in Artikel 4, dass der Stifter, sprich der SBV, Änderungen gutheissen muss. Dies gilt es, in Zukunft umzusetzen. Deshalb wurden Artikel 9.1 und 9.2 im Organisations- und Anlagereglement entsprechend angepasst.                  Dem Vorstand wird beantragt, das Organisations- und Anlagereglement der Personalvorsorgestiftung mit den entsprechenden Korrekturen zu genehmigen.</p> <p><b>Diskussion</b>                  Keine Wortmeldung.</p> <p><b>Beschluss</b>                  Der Vorstand genehmigt das vorgelegte Organisations- und Anlagereglement der Personalvorsorgestiftung einstimmig.</p>				
18.	<p><b>Verabschiedung Tätigkeitsprogramm 2024 z. Hd. der LAKA vom 22. September 2023</b></p>	X	A	SH	SH
	<p><b>Antrag</b>                  GL und erweiterte GL haben die Schwerpunktthemen 2024 besprochen und festgelegt. Auf diesen basierend erstellt der SBV jeweils sein Tätigkeitsprogramm. Dieses durchläuft sämtliche Gremien und wird schlussendlich von der Delegiertenversammlung verabschiedet. Die Mitglieder des Vorstands haben die Schwerpunktthemen sowie die jeweiligen Erläuterungen dazu, mit den Sitzungsunterlagen erhalten. Der Vorstand hat die Aufgabe, den Entwurf des Tätigkeitsprogramms 2024 zu besprechen und zuhanden der LAKA zu verabschieden.                  SH ergänzt, das Schwerpunktthema Foodwaste sei aufgrund mangelnder personeller Ressourcen (zwei Mutterschaftsurlaube) 2023 nicht bearbeitet worden. Man werde das Thema als Spezialaufgabe 2024 wieder aufnehmen und vertiefen.</p> <p><b>Diskussion</b>                  Keine Wortmeldung.</p>				

		<p><b>Beschluss</b>                  Der Vorstand verabschiedet das Tätigkeitsprogramm 2024 ohne Anpassungen einstimmig zuhanden der LAKA.</p>				
19.		LAKA vom 22. September 2023 – Provisorische Traktandenliste	X	I	aba	US
		<p><b>Information</b>                  Die provisorische Traktandenliste der LAKA vom 22. September wurde den Mitgliedern des Vorstands mit den Sitzungsunterlagen zugestellt.</p> <p><b>Diskussion</b>                  Keine Wortmeldung.</p> <p><b>Beschluss</b>                  Der Vorstand nimmt die Information zur Kenntnis.</p>				
20.		Delegiertenversammlung 2023 – erste Informationen		I	US	US
		<p><b>Information</b>                  US informiert, dass die Traktandenliste der DV 2023 an der Vorstandssitzung vom 7. September zuhanden der LAKA verabschiedet wird. Was den geplanten Ablauf der DV 2023 betrifft, hat BR Albert Rösti erfreulicherweise zugesagt, eine Ansprache zu halten.</p> <p><b>Diskussion</b>                  Keine Wortmeldung.</p> <p><b>Beschluss</b>                  Der Vorstand nimmt die Information zur Kenntnis.</p>				
21.		Ersatzwahlen in die Fachkommissionen	X	A	aba	MR
		<p><b>Antrag</b>                  Zweimal jährlich, in der Februar- sowie in der August-Sitzung des Vorstands, finden die Erneuerungswahlen in die ständigen Fachkommissionen des SBV statt. Es sind dies die Fachkommissionen Viehwirtschaft, FSAA (Sozialpolitik, Arbeitsrecht, Ausländerpolitik), Pflanzenbau, Kommunikation, Junglandwirte, Berufsbildung sowie Forschung &amp; Beratung. Die Mitglieder des Vorstands erhielten die Liste der Nominierten mit den Sitzungsunterlagen zugestellt.</p> <p><b>Diskussion</b>                  Keine Wortmeldung.</p> <p><b>Beschluss</b>                  Der Vorstand wählt die nominierten Vertreterinnen und Vertreter der ständigen Fachkommissionen des SBV gemäss den Vorschlägen in der unterbreiteten Liste einstimmig.</p>				
22.		Verschiedenes			Alle	MR
		<p><b>Diskussion</b>                  Maja Grunder äussert sich zu Importen von Bananen, die scheinbar unreif in die Schweiz gelangen und Lücken im Zollschatz nutzen, um nicht als Lebensmittel deklariert werden zu müssen. Sie befürchtet, diese Praxis könnte weitere Kreise ziehen und auf andere Lebensmittel angewendet werden.</p> <p>RM bestätigt, dass man sich dem Thema annehmen wird.</p>				

**Markus Kretz** stellt zunehmenden Unmut fest, wenn es um die Vernässung von Mooren geht. Er möchte, dass der SBV ein Augenmerk auf diese Projekte legt. Sie seien sogar von Biologen hinsichtlich der Artenvielfalt umstritten.

**RM** antwortet, der entsprechende Geschäftsbereich des SBV werde sich darum kümmern und **MR** wird das Thema mit Albert Röstli besprechen.

**Peter Seiler** orientiert, dass Agriterra die Verbände bezüglich Mitgliedschaften angeschrieben hat. Er bittet insbesondere die Kantonalverbände eine Mitgliedschaft zu prüfen und zeitnah eine Entscheidung zu treffen. Die finanziellen Möglichkeiten des Verbandes seien sehr limitiert.

**MR** stellt den für alle identischen Mitgliederbeitrag in der Höhe von 200 Franken in Frage und ist der Meinung, er sollte nach einem bestimmten Schlüssel festgelegt werden.

**Peter Seiler** antwortet, man werde dies begutachten. Wie weit der Verein mit seinen Leistungen, resp. Aufwänden gehe, habe allenfalls Einfluss auf die Beitragsbildung.

**MR** rät, für komplexe Themen und Expertisen die kantonalen Bauernverbände miteinzubeziehen.

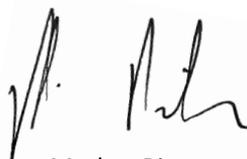
Keine weitere Wortmeldung.

Beginn der Sitzung: 17. August 2023, 13.15 Uhr

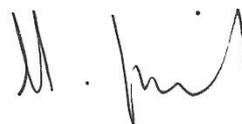
Ende der Sitzung: 18. August 2023, 11.00 Uhr

Nächste Sitzung: 7. September 2023, 13.15 Uhr, in Bern

Brugg, 29. August 2023



Markus Ritter  
Vorsitzender



Annette Baeriswyl  
Protokoll